

»Dialog? – Mit wem und in welchem Rahmen?«

Handlungsempfehlungen für Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung
zum Umgang mit Protestverhalten in den Kommunen



VON MENSCH ZU MENSCH.

Vorwort

Liebe Verantwortungsträgerinnen und Verantwortungsträger in der Kommunalpolitik, liebe Engagierte,

Demokratie lebt vom Dialog. Sie lebt davon, dass Menschen ihre Anliegen, Sorgen und Erwartungen sichtbar machen, unterschiedliche Perspektiven aufeinandertreffen und gemeinsam nach Lösungen gesucht wird. Gerade in Kommunen wird Demokratie unmittelbar erfahrbar: im Gemeinderat, bei Bürgerversammlungen, in Vereinen und Initiativen, auf dem Marktplatz oder auch bei Protesten auf der Straße.

Protest ist dabei ein wichtiger Bestandteil unserer demokratischen Kultur. Er macht auf Themen aufmerksam, gibt gesellschaftlichen Gruppen eine Stimme und kann politische Entscheidungen kritisch begleiten. Zugleich stellt Protest Kommunen, Verwaltung und Zivilgesellschaft immer wieder vor die Frage, wie mit unterschiedlichen Interessen, zugespitzten Debatten und mitunter auch konflikthafter Situationen konstruktiv umgegangen werden kann.

Die vorliegende Broschüre soll hierbei Orientierung geben. Die Handlungsempfehlungen zeigen Möglichkeiten für Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft, wie Dialog gelingen kann – auch dann, wenn Positionen weit auseinanderliegen. Im Mittelpunkt steht dabei nicht die Frage, ob Protest »richtig« oder »falsch« ist. Vielmehr geht es darum, Räume für demokratische Auseinandersetzung zu schaffen, Gesprächsbereitschaft zu fördern und zugleich klare Grenzen dort zu setzen, wo demokratische Grundwerte, die Würde anderer Menschen oder ein friedliches, respektvolles Miteinander verletzt werden.

Besonders auf kommunaler Ebene braucht es dafür Mut zur Begegnung, Klarheit im Handeln und ein gutes Gespür für die jeweiligen Rahmenbedingungen. Nicht jeder Konflikt lässt sich durch ein Gespräch lösen. Aber jeder demokratische Umgang mit Konflikten beginnt dabei, einander zuzuhören, Unterschiede auszuhalten und offen miteinander umzugehen.

Ich danke allen, die sich für Demokratie, den gesellschaftlichen Zusammenhalt und eine lebendige Beteiligungskultur einsetzen. Diese Broschüre soll dabei unterstützen, auch in schwierigen Situationen handlungsfähig zu bleiben und den Dialog als Stärke unserer Demokratie zu nutzen.

Ihre

Petra Köpping

Sächsische Staatsministerin für Soziales, Gesundheit und
Gesellschaftlichen Zusammenhalt



Petra Köpping

Sächsische Staatsministerin für Soziales, Gesundheit
und Gesellschaftlichen Zusammenhalt

Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkung

Eine weitere Handreichung – wozu? _____ 6

1 Allgemeine Überlegungen

zu einem demokratischen Dialog _____ 10

2 Wie kann Kommunikation zu emotional

aufgeladenen politischen Themen gelingen? _____ 12

2.1 Gesprächskreise statt großer Bürgerversammlungen _____ 12

2.2 Gute Planung und Vorbereitung _____ 13

2.3 Vielfalt der Sichtweisen abbilden _____ 15

2.4 Beraten lassen _____ 15

3 Was können Sie im Ort noch tun,

um ein friedliches, demokratisches Miteinander
langfristig sicherzustellen? _____ 17

3.1 Handlungsweisen auswerten _____ 17

3.2 Eigene Haltung sichtbar machen _____ 17

3.3 Demokratinnen und Demokraten stärken _____ 17

3.4 Entscheidungen erklären _____ 18

3.5 Die Zukunft im Blick haben _____ 18

3.6 Informiert bleiben _____ 18

4 Checkliste für Veranstaltungen _____ 19

Kontaktdaten und Ansprechpersonen _____ 22

Vorbemerkung

Eine weitere Handreichung – wozu?

Es gibt zahlreiche Themen und Probleme, über deren Umgang in öffentlichen Debatten häufig polarisierend gestritten wird: soziale Ungleichheit, Klimawandel oder (Flucht-) Migration, um hier nur einige zu nennen. Aufgeheizte, emotional geführte Debatten – häufig genug jenseits von gesichertem Wissen – ermöglichen kaum inhaltliche Auseinandersetzung und die Suche nach innovativen gangbaren Lösungen. Waren es in den letzten Jahren etwa die Unterbringung von geflüchteten Menschen (2014/15 und 2022/23), die Politik zur Eindämmung der Coronakrise (2020 – 2022) oder die Energiekrise nach dem Überfall Russlands auf die Ukraine (2022) und der damit einhergehenden Sanktionen gegen Russland, die für Unmut, Unverständnis und lautstarken Protest sorgten, so sind es aktuell vor allem der Umbau des Energiesektors und die Schaffung von Flächen für Windkraft- oder Fotovoltaikanlagen – ohne, dass die anderen Themen aus der Debatte verschwunden wären.

Oft vermischt sich das Unbehagen gegenüber staatlichen Maßnahmen mit Verschwörungsideologien und einer generellen Ablehnung staatlichen Handelns und staatlicher Institutionen. Die Funktionalität demokratischer Machtausübung wird grundsätzlich infrage gestellt und hierbei insbesondere die unantastbare Menschenwürde und die unveräußerlichen Menschenrechte für **jeden** Menschen.

Der Ruf nach politischer Bildung und vor allem nach Formaten, die divergierende und unversöhnlich erscheinende Positionen miteinander in Austausch bringen und die wahrgenommene Spaltung der Gesellschaft zu verringern helfen, liegt nahe. Ein recht prominentes Konzept war und ist die Durchführung von öffentlichen Veranstaltungen, bei denen Menschen mit unterschiedlichen Positionen ins Gespräch kommen sollen. Als Format

werden meist Podiums- und Dialogveranstaltungen gewählt. Miteinander reden und einander zuhören – so die Idee – könnte dafür sorgen, dass die Menschen – statt auf rechten Demonstrationen, im Internet oder als Ansammlung vor Unterkünften für Geflüchtete Angst und Schrecken zu verbreiten – diskutieren und nachdenken.

Die Realität aber war und ist eine andere. Ein tatsächlicher Austausch hat bei den zahlreichen Veranstaltungen oft nicht oder nur bedingt stattgefunden. Der Ton hat sich teilweise sogar verschärft. Häufig wurden die Podien von Personen genutzt, die ihrem Unmut Luft machen oder Hass und Hetze verbreiten wollten. Menschen mit Migrationsbiografien, Menschen, die demokratische Werte verteidigen, und Minderheiten wurden stigmatisiert, beleidigt und bedroht. Die von stereotypen Bildern und Emotionen geprägten Veranstaltungen ließen manche ratlos, andere bedroht und wieder andere in ihren Vorurteilen bestärkt zurück. Immer wieder nutzten Vertreterinnen und Vertreter der extremen Rechten gezielt Fragen, Ängste und Sorgen von Menschen, um zuzuspitzen, zu vereinfachen, zu emotionalisieren und vor allem auch zu polarisieren. Konstruktive Vorschläge und Ideen bleiben so Mangelware, wenn sie denn überhaupt vorkommen.

In den letzten Jahren mussten wir immer wieder leidvoll erfahren, dass vor allem großformatige, öffentliche Veranstaltungen für einen sachlichen, tiefgehenden Dialog wenig geeignet sind. Die folgenden aktuellen Beispiele zeigen, dass trotz dieser Erfahrungen nach wie vor der Wunsch nach Austausch und Beratungsbedarf besteht. Aus jeder dieser Veranstaltungen lassen sich Aspekte lernen, wie es in Zukunft besser gemacht werden könnte.



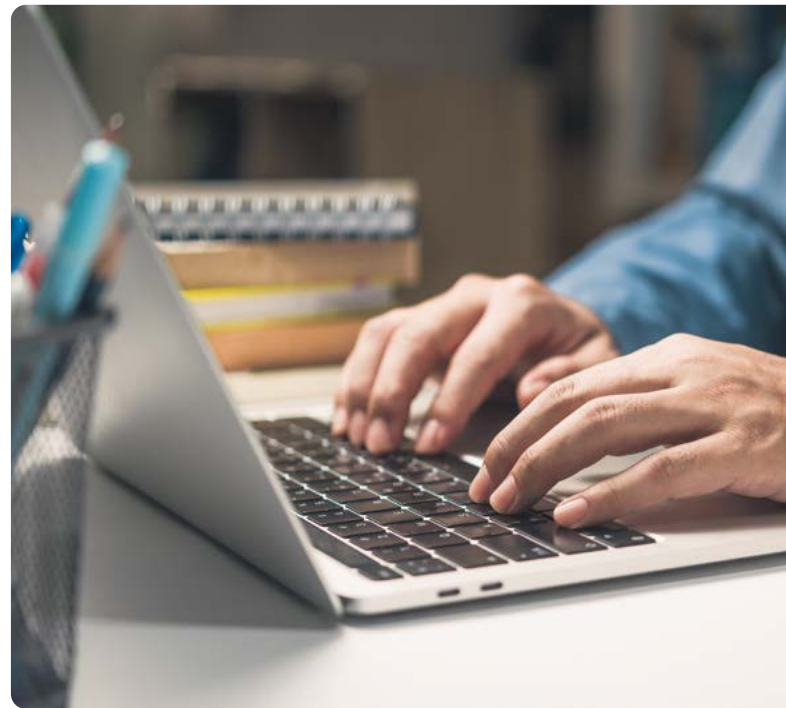
Beispiel 1: Einwohnerinnenversammlung zum Neubau einer Windkraftanlage

In einer sächsischen Kleinstadt fand im Jahr 2025 eine Informationsveranstaltung zum Neubau einer Windkraftanlage statt, zu der offen eingeladen worden war. Es nahmen viele Menschen mit Haupt- oder auch Zweitwohnsitz in der Gemeinde, aber auch einige aus anderen Gemeinden teil. Die Versammlung war insgesamt gut vorbereitet: Die Veranstaltenden hatten sich für ein Format mit Vortrag im Plenum und Kleingruppendiskussionen, die eine intensivere Auseinandersetzung zu Fragen, Ängsten oder Vorbehalten der Menschen ermöglichen sollten, entschieden. Sie hatten sich über die Moderation Gedanken gemacht und versucht, eine professionell und sicher agierende Person zu gewinnen.

Es erwies sich jedoch als äußerst schwierig, eine sachliche Diskussionsatmosphäre herzustellen – sowohl im Plenum als auch an den kleineren Diskussionstischen. Stattdessen war die Stimmung aufgeheizt. Tatsächliche wie vermeintliche Nachteile von Windenergie standen im Mittelpunkt. Vorteile, die ein aktiv gestalteter Planungsprozess durch Kommune und Anwohnerinnen und Anwohner bietet, wurden negiert und als nichtig abgetan. Sehr meinungsstarke Teilnehmende stellten aggressiv und provokativ Nachfragen, beriefen sich auf vermeintliche »alternative« Studien zum Thema, spitzten massiv zu und polarisierten so bewusst. Sie arbeiteten zum einen mit Desinformationsstrategien. Zum anderen versuchten sie, das Thema zu verschieben: Im Zentrum standen jetzt vor allem Vorwürfe an die Kommunalpolitik zu Fragen, die auf kommunalpolitischer Ebene gar nicht behandelt werden. Zudem gab es massive Vorwürfe an Bundes- und Landespolitik: »Die da oben« würden Maßnahmen verordnen, die »wir hier unten« ausbaden müssten. Die kommunalpolitisch Verantwortlichen sowie Menschen von Regionalplanungsverbänden wurden verbal angefeindet. Eine sachliche Debatte hatte so kaum Chancen.

Ein Teil der meinungsstarken Teilnehmenden entpuppte sich als Personen aus der extremen Rechten, die gut organisiert und vorbereitet in die Veranstaltung gekommen waren. Statements wirkten vorgefertigt und schienen untereinander abgesprochen. Zudem gab es in der Debatte ein reibungsloses Zusammenspiel mit anderen politischen Gruppierungen, konkret einer freien demokratischen Wählerliste. Im Ergebnis musste die Veranstaltung vorzeitig beendet werden.

Dieses Agieren bettet sich ein in eine Strategie, die auch Vor- und Nachfeld von eigentlichen Veranstaltungen betrifft: Zu öffentlichen Fragestunden bei Gemeinde- oder Stadtratssitzungen werden aggressiv und provokativ Fragen geäußert. Bei Abstimmungen innerhalb von Sitzungen wird von Vertreterinnen und Vertreter extrem rechter Parteien regelmäßig eine öffentliche Abstimmung gefordert, um den Druck auf die Abstimmenden zu erhöhen. Im Umfeld von entscheidenden Sitzungen der Kommunal- und Kreisvertretungen oder bei Ortsbegehungen zum Thema wird über »Info«-Stände, Plakatierungen mit emotionalisierenden Inhalten (z. B. das Monsterwindrad, was Verderben bringt), Kundgebungen oder einfache Anwesenheit am Eingang zur Sitzung, aber auch über Soziale Medien (Sharepics mit Desinformationen oder emotionalisierende Inhalte über lokale Chatgruppen) enormer sozialer Druck auf die Mitglieder von Gemeinde- bzw. Stadträten aufgebaut, der natürlich Wirkung hinterlässt. Hinzu kommen alternative Veranstaltungen mit Rednerinnen und Rednern aus einer größer werdenden Windkraftgegnerszene, um die eigenen Erzählungen von der Schädlichkeit und dem Unsinn der Windkraft zu verstärken.



Tipp 1:

Schaffen Sie passende Rahmenbedingungen für die Veranstaltung.



Tipp 2:

Klären Sie, ob das Ziel der Veranstaltung mit dem Format erreicht werden kann.



Beispiel 2: Informationsveranstaltung zum Thema Asyl in einer Großstadt

Im Frühling 2023 lud die Stadtverwaltung einer sächsischen Großstadt alle Bürgerinnen und Bürger zu einer abendlichen Informationsveranstaltung zum Thema Flucht und Asyl in eine Kirche ein. Der Saal umfasste 360 Sitzplätze, die restlos gefüllt waren. Die Veranstaltung wurde zeitgleich über einen Livestream übertragen. Bereits in den Wochen davor hatten organisierte rechtsextreme Akteure das Thema für sich wiederentdeckt. Es gab in der Stadt rassistische Mobilisierungen und öffentliche Aufrufe, an der Veranstaltung teilzunehmen. Vor Ort fanden sich erwartungsgemäß führende Köpfe von Pegida, aber auch Angehörige der NPD, der Freien Sachsen und asylfeindlicher Initiativen ein. Auch der Oberbürgermeister der Stadt war persönlich anwesend und unterstrich damit die Wichtigkeit des Themas. Zudem machten er und seine Dezernentin in ihren Redebeiträgen unmissverständlich klar, dass die Stadt Asylsuchende aufnehmen und unterbringen werde. Dies war ein deutliches Bekenntnis zu dem im Grundgesetz verbrieften Asylrecht und somit eine Positionierung der politisch Verantwortlichen für die Werte und Inhalte des deutschen Grundgesetzes. Der Abend wurde von Security und Polizei abgesichert. Auch dies ist positiv hervorzuheben.

Während der Vorträge des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge und der Dezernentin für Soziales gab es im Publikum immer wieder Gejohle und diffamierende Zwischenrufe. Der Moderator ermahnte zwar vorsichtig, aber Konsequenzen hatte dieses Verhalten für die Personen nicht. Diejenigen im Raum, die rassistische Positionen vertraten, wurden dadurch umso mehr motiviert. Etwa die Hälfte der Anwesenden machte anhand ihrer Reaktionen auf Wortbeiträge (Gejohle, Pfiffe, aggressives Herein-Rufen) immer wieder deutlich, dass sie kein Interesse an einem respektvollen und faktenbasierten Dialog oder einer konstruktiven Auseinandersetzung mit dem Thema hatten.

In der Fragerunde trat einer nach dem anderen an das Mikrofon, um eigene rassistische Vorurteile zu unterstreichen und entsprechende Standpunkte unter Beifall in den Raum zu stellen. Es entstand dadurch ein hoch aggressives Klima, das es demokratischen Menschen sehr schwer machte, selbst das Wort zu ergreifen. Am Ende hatten die Personen der extremen Rechten und mit asylfeindlichen Einstellungen den Eindruck, dass sie den Raum deutlich dominiert hatten und ihre Meinung mehrheitsfähig sei. Sie gingen gestärkt und motiviert für weitere Aktivitäten aus der Veranstaltung. Viele demokratisch engagierte Menschen hingegen erlebten einen Abend, der ihnen vor Augen führte, dass ihre demokratischen Positionen bedroht und angegriffen werden.



Tipp 3:

Nutzen Sie kleinformative Gesprächskreise.



Tipp 4:

Planen Sie für größere Formate viel Vorbereitungszeit ein.



Beispiel 3: Informations- und Austauschveranstaltung zur extremen Rechten in einer Mittelstadt

Ein soziokultureller Verein, der sich u. a. seit vielen Jahren mit dem Agieren der extremen Rechten im Ort auseinandersetzt, führte eine Informations- und Austauschveranstaltung zu diesem Thema durch. Es sollten Menschen, die bisher wenig zum genannten Thema wissen, sensibilisiert werden. Deshalb entschieden sich die Veranstaltenden für eine öffentliche Einladung, u. a. über die Lokalpresse. Da sie in der Vergangenheit bereits verschiedene Formate ausprobiert hatten, entschieden sie sich bewusst für eine Veranstaltung, bei der nach einem kurzen, informativen Impuls die Menschen in kleinen Gesprächsgruppen, die mehrfach gewechselt werden können, diskutieren. In einem kurzen Abschlussplenum sollten abschließend Ideen zur Fortführung der begonnenen Diskussion gesammelt werden.

Als erfahrene Akteure in der politischen Bildung hatten sich die Menschen des Vereins in der Vorbereitung Gedanken um Moderation und sichere Einlasspolitik gemacht. Die Antidiskriminierungsregel fand bereits bei der Bewerbung Anwendung, zudem ein Anmeldeungsmanagement, das ungebetenen Kräften – Personen der (organisierten) extremen Rechten – den Zugang zur Veranstaltung möglichst verwehren sollte. All das zeugt von einer guten Veranstaltungsvorbereitung.

Trotzdem kam es zu einer massiven Störung: Die Menschen saßen an den verschiedenen Gesprächstischen und diskutierten intensiv. Plötzlich betraten zwei Personen den Raum, einer von ihnen ein langjährig im Ort aktiver Kader der Jungen Nationalisten (JN) bzw. jetzt Freien Sachsen. Die Menschen, die den Einlass geregelt hatten, waren nach Beginn der Veranstaltung von der Eingangstür abgezogen worden; jetzt konnten Menschen ungehindert den Raum betreten. Trotz mehrfacher Aufforderung des Veranstalters, der vom Hausrecht Gebrauch machend die ungebetenen Gäste des Raumes verwies, verließen diese die Veranstaltung nicht. Im Gegenteil: Sie ließen sich nieder und begannen, die Teilnehmenden mit einer Handkamera abzufilmen. Eine Regelung zum Fotografieren und Ton- und Filmmitschnitten gab es nicht. Letztlich musste die Polizei gerufen und die Veranstaltung abgebrochen werden.

Die Beispiele zeigen, dass sich noch immer Menschen aus dem rechten Spektrum eingeladen fühlen, manipulativ die Stimmung anzuheizen und Menschen einzuschüchtern. Sie konnten Halbwahrheiten und falsche Behauptungen verbreiten sowie einen Informationstransfer stören. Aggressive, emotionale Personen finden vor allem in großen Veranstaltungen einen wirkungsvollen Resonanzraum und ein Publikum. Demgegenüber haben es sachliche und konstruktive Teilnehmende oft schwer, Gehör zu finden. Die Hemmschwelle, sich vor vielen aufgebracht Menschen in einen Dialog zu begeben, menschenverachtenden Meinungen laut und sichtbar zu widersprechen, ist sehr groß. Auch die häufig bedrohliche Präsenz extrem rechter Gruppen trägt zu dieser Zurückhaltung bei.

Zu einigen Veranstaltungen wurden Betroffene rechter und rassistischer Gewalt eingeladen und gebeten, basierend auf dem Vertrauen, das Begegnung, Verständnis und Frieden schafft, sich und ihre Geschichten vorzustellen. Auch sie liefen Gefahr, in den Fokus wütender Bürgerinnen und Bürger oder gar anwesender Neonazis zu geraten, denen der Raum geboten wurde, ihnen vor Publikum mit Hohn, Spott und Bedrohungen zu begegnen.

Hier stellen sich zahlreiche Fragen: Sind z. B. Podiumsdiskussionen mit Publikumsbeteiligung ein adäquates Format, um mit Wutbürgerinnen und Wutbürgern oder enttäuschten Antidemokratinnen und Antidemokraten ins Gespräch zu kommen? Ist es legitim, rechtspopulistische Personen von Diskussionsveranstaltungen auszuschließen? Würde man so nicht genau die ausgrenzen, mit denen der Dialog geführt werden soll? Welche politische Wirkung entfalten Einwohnerversammlungen, an denen Personen teilnehmen, die grundlegende demokratische Werte nicht teilen? Schlussendlich: Wie können Gesprächsformate oder Handlungsempfehlungen aussehen, mit denen es möglich ist, eine nichtdiskriminierende, sachbezogene Debattenkultur durchzusetzen?

Um diesen Herausforderungen zukünftig angemessen begegnen zu können, möchten wir Ihnen mit dieser Handreichung eine Hilfestellung mit auf den Weg geben, die Ihnen Anregungen für eine erfolgreiche Gestaltung öffentlicher Veranstaltungen sowie konkrete Ansprechpersonen zur Unterstützung vermitteln wird.

1 Allgemeine Überlegungen zu einem demokratischen Dialog

Demokratie lebt von offenem Meinungsstreit mit unterschiedlichen Positionen. Diese Auseinandersetzungen werden in verschiedenen Kontexten ausgetragen. Der Austausch von Meinungen und politischen Positionen ist dann möglich, wenn Rahmenbedingungen existieren, die es ermöglichen, sich mit gegenseitigem Respekt zu begegnen und sich alle Beteiligten gleichberechtigt in eine Diskussion einbringen können. Insofern unterliegt der Dialog bestimmten Voraussetzungen und Regeln. Zahlreiche Beispiele konnten uns in den letzten Jahren dabei helfen, aus Fehlern zu lernen, um Formate zukünftig besser zu gestalten.

Häufig konnten wir beobachten, dass Dialogveranstaltungen in (ungerechtfertigte) Neiddebatten abdriften. Anstatt sich in den Diskussionen beispielsweise auf die Unterbringung der Asylsuchenden oder die Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels mit z. B. der Förderung erneuerbarer Energien zu fokussieren, wird das gesetzte Thema mit anderen Problemen vermengt. So gibt es plötzlich eine Verknüpfung zu Fragen des öffentlichen Personennahverkehrs oder zu mangelnder sozialer Infrastruktur, auf einmal geht es um das Bereitstellen von Plätzen in Kindertagesstätten oder eine allgemeine Skepsis gegenüber demokratischen Teilhabestrukturen und ähnlichem. Emotional aufgeladene Themen mit fehlenden Kita-Plätzen oder maroden Schwimmhallen in Verbindung zu bringen, bietet in der Folge menschenfeindlichen Gruppen eine perfekte Agitationsplattform. In der Diskussion wird einseitig auf Probleme fokussiert, ohne dass konstruktive Lösungsangebote Raum finden. Die Verwirklichung der im deutschen Grundgesetz verankerten Werte spielt so überhaupt keine Rolle. Stattdessen werden Defizite in gesellschaftlichen Bereichen, die in den letzten Jahren bemängelt, aber nur selten offensiv angegangen wurden, nun mit der Anwesenheit »der Fremden« oder mit verschwörungsideologischen Ideen über eine kleine Gruppe der Mächtigen, die bspw. von Corona profitiere, begründet. Es werden oftmals irrationale Ängste geschürt und eine explosive Stimmung angeheizt.

Neben der humanitären Verantwortung und dem Minderheitenschutz ist Meinungsstreit ein weiteres konstitutives Element einer gelebten Demokratie. Dazu hat das Bundesverfassungsgericht bereits in den Anfangsjahren der Bundesrepublik festgestellt: »Für eine freiheitlich demokratische Staatsordnung ist [Meinungsfreiheit] schlechthin konstituierend, denn [sie] ermöglicht erst die ständige geistige Auseinandersetzung, den Kampf der Meinungen, der ihr Lebenselement ist (BVerfGE 5, 85 [205]).«

Meinungsfreiheit bedeutet dabei:

- die Vielfalt des demokratischen Meinungsspektrums zur Entfaltung zu bringen
- Widersprüche nicht nur zuzulassen, sondern deutlich zu machen und auch auszuhalten.

Der »Kampf der Meinungen« soll verschiedene Perspektiven sichtbar machen und diese in die Diskussion einbeziehen. Währenddessen können Standpunkte vertreten, Meinungen ausgetauscht und Vereinbarungen getroffen werden. Dabei müssen Differenzen und Ergebnisse, die nicht alle Perspektiven berücksichtigen, ertragen und ausgehalten werden. Meinungsfreiheit endet jedoch da, wo demokratische Grundwerte, wie die Unantastbarkeit der Würde aller Menschen, infrage gestellt oder mit Füßen getreten werden.

Meinungsfreiheit bedeutet also ausdrücklich nicht:

- dass immer ein Konsens gefunden werden muss, der alle zufriedenstellt; oder
- dass eine geäußerte Meinung unwidersprochen bleiben muss.

Seit einiger Zeit taucht in Diskussionen zunehmend die Frage nach einem Neutralitätsgebot auf. Vor allem aus dem Bereich der extremen Rechten wird allenthalben »politische Neutralität« eingefordert, z. B. wenn es um die Besetzung von Podien auf Veranstaltungen oder die Vergabe von Fördermitteln geht. Dem stand zu halten ist manchmal gar nicht so einfach. Es ist richtig, dass Verwaltungen und politisch Verantwortliche, anders als NGOs, insbesondere in Zeiten des Wahlkampfes einer parteipolitischen Neutralitätspflicht unterliegen. Gleichzeitig verlangt das Grundgesetz ein aktives Eintreten für die Menschenwürde und die Verteidigung der Demokratie. Neutralität bedeutet nicht Gleichgültigkeit gegenüber den verfassungsrechtlichen demokratischen Werten und Normen.

Sehr häufig steckt hinter den lautstark vorgetragenen Forderungen nach einer »politischen Neutralität« der Versuch von Personen und Organisationen aus dem Bereich der extremen Rechten, demokratische Meinungsvielfalt und Kontroversität zu verhindern sowie die Auseinandersetzung mit menschenverachtenden und undemokratischen Positionen zu unterbinden. Ganz häufig muss die Frage heißen, ob ein Verein, eine Initiative, eine Veranstaltung oder sich engagierende Menschen auf dem Boden des Grundgesetzes stehen und sich aktiv für die demokratische Verfasstheit der Gesellschaft einsetzen und nicht, ob sie »neutral« sind oder agieren.



Tipp 5:

Machen Sie sich Ihre eigene Haltung und Argumente dafür bewusst.

Ideologien der Ungleichwertigkeit – Begrenztheit des Dialogansatzes

Der Anspruch, durch den Dialog Menschen ihre »Ängste« oder »Vorurteile« sowie ihre »Ablehnung« gegenüber Personen, die sie als »fremd« beschreiben, zu nehmen, ist als Zielstellung für eine Veranstaltung grundsätzlich kritisch zu hinterfragen. In Anbetracht von tief verankerten rassistischen, antimuslimischen und antisemitischen Einstellungen in Teilen der Bevölkerung, muss über das Dialogformat als Methode zur Einstellungsveränderung nachgedacht werden. Die Anzahl der Menschen, die Asylsuchende oder Muslime und Musliminnen ablehnen, ist seit Jahren sehr hoch. Der von der Sächsischen Staatsregierung in Auftrag gegebene Sachsen-Monitor zeigt, dass mehr als die Hälfte der befragten Menschen der Meinung sind, dass die Bundesrepublik »in einem gefährlichen Maße überfremdet« sei. Rund zehn Prozent der sächsischen Bevölkerung stimmen zudem harten rassistischen

Aussagen zu und befürworten diese. Im Vergleich zu den Vorjahren sind die Werte z.T. signifikant gestiegen.*

Menschenfeindlichen Einstellungen und Ungleichwertigkeitsvorstellungen kann mit Dialogveranstaltungen nur sehr eingeschränkt entgegengewirkt werden, da Einstellungs- und Haltungsänderungen nicht über reine Faktenvermittlung und Gespräche erfolgen. Dazu sind langfristige, pädagogische Ansätze und Prozesse notwendig. Trotzdem richtet sich nach wie vor ein Großteil derartiger Veranstaltungen mit diesem Ziel an eben jenen Personenkreis, der (teils aggressiv) ausschließen und diskriminieren will.

* Dimap – das Institut für Markt- und Politikforschung GmbH (2023): Sachsen Monitor 2023. Ergebnisbericht. S. 32 ff.

Art. 5 Grundgesetz

(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.

(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.

(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

Das Rechtssystem unterscheidet zwischen zulässigen und unzulässigen Meinungsäußerungen.

Straftatbestände können sein:

Volksverhetzung	§ 130 StGB
Beleidigung	§ 185 StGB
Üble Nachrede	§ 186 StGB
Verleumdung	§ 187 StGB
Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen	§ 86a
Öffentliche Aufforderung zu Straftaten	§ 111

2 Wie kann Kommunikation zu emotional aufgeladenen politischen Themen gelingen?

2.1 Gesprächskreise statt großer Bürgerversammlungen

Grundsätzlich empfiehlt es sich, darüber nachzudenken, ob die Ziele, die mit Dialogveranstaltungen erreicht werden sollen, zwingend eine Großveranstaltung notwendig machen. Es ist richtig, dass mit Großveranstaltungen viele Menschen auf einmal erreicht werden. Ein gemeinsamer Austausch oder eine Infragestellung der eigenen Position ist in solchen Settings jedoch kaum möglich. Die Diskussion vor einem großen Publikum lädt vielmehr zur bloßen Demonstration des eigenen Standpunktes oder zur politischen Agitation ein und führt oft zu einem Duell der verschiedenen Lager. Dadurch werden bereits vorhandene Meinungen eher verfestigt.

Die Praxis der letzten Jahre hat gezeigt: empfehlenswert sind kleinformate und gut moderierte Gesprächskreise. Nutzen Sie zunächst die in Ihrem Ort oder Ihrem Verein üblichen und bewährten Formate wie Vereinsversammlungen oder Stammtische in Jugendclubs oder mit Unter-

nehmen. In Kirchgemeinden können das auch Haus- und Ehepaarkreise etc. sein. Auch Seniorentreffs, Sportvereine oder die Freiwillige Feuerwehr haben in der Regel etablierte Runden, in denen Menschen aus Ihrer Region zusammenkommen. Tragen Sie politische Themen in diese Runden. Hier kennen sich die Beteiligten untereinander und haben bereits eine Vertrauensbasis geschaffen. Die Menschen, die in solchen bereits vorhandenen Gesprächsrunden sitzen, sind in ihrem Ort oft auch Multiplikatoren und Multiplikatorinnen für Meinungen und Positionen. Es werden also auch viele erreicht, die in der konkreten Gesprächssituation überhaupt nicht anwesend sind.

Haben Sie darüber hinaus das Bedürfnis, mit weiteren Menschen zu reden, den Kreis zu erweitern, ist es ratsam, sich ausreichend Zeit für die Vorbereitung zu nehmen und Kreativität bei der Suche nach einem geeigneten Format – jenseits von Podiumsdiskussionen – walten zu lassen.



Tipp 6:

Planen Sie eine starke Moderation ein.





2.2 Gute Planung und Vorbereitung

Es ist lobenswert, miteinander in den Dialog zu treten. Dies stellt für sich allein noch kein sinnstiftendes Ziel dar. Welches Ziel Sie mit der Veranstaltung verfolgen wollen, sollte daher die erste Frage sein, über die Sie sich in der Vorbereitung gemeinsam Gedanken machen.

Mögliche Ziele könnten sein:

- Wissen und Informationen zu einer bestimmten Situation transparent und bekannt zu machen
- die Perspektive von Betroffenen einer bestimmten Lage sichtbar zu machen
- Mitstreitende für eine Initiative, eine Aktion oder ein Vorhaben zu gewinnen
- Verunsicherte anzusprechen und/oder
- Perspektiven für ein friedliches Zusammenleben aller Menschen im Ort weiterzuentwickeln.

Dabei ist es wichtig, dass Sie sich im Kreis der Vorbereitenden auf wenige konkrete und realistische Ziele für Ihre Veranstaltung einigen und das Vorhaben nicht mit zu vielen Erwartungen und Wünschen überfrachten.

Wenn Sie sich gemeinsam über das Ziel der Veranstaltung verständigen, werden Sie unweigerlich zu der Frage **einer eigenen Haltung** kommen – und den damit verbundenen Konsequenzen für Ihr Handeln. Es ist wichtig, dass Sie Ihre eigene Haltung zum Thema entwickeln und argumentativ untermauern können.

Daneben brauchen Sie für die Veranstaltung eine **starke Moderation** sowie mindestens eine Person, die auf Wortergreifung inhaltlich reagieren kann und argumentativ sowie rhetorisch gut gerüstet ist. Vergessen Sie nicht, als Veranstalter*in oder Moderierende zu Beginn das Ziel der Veranstaltung, den Rahmen und die Gesprächsregeln transparent zu machen.

Im Weiteren sollten Sie folgende Fragen klären:

- Wen möchten Sie erreichen (Zielgruppen)?
- Welche Hintergrundinformationen benötigen Sie?
- Welche Person vertritt die veranstaltende Institution?
- Welche Gruppen/Personen könnten bereits in die Vorbereitung eingebunden werden?
- Wer kann Sie unterstützen (Mitveranstalter*in, Moderation, etc.)?
- Wer berät Sie während der Vorbereitung?
- Wer stellt den Raum zur Verfügung, wer übt das Hausrecht aus?
- Möchten Sie, dass fotografiert, gefilmt oder mitgeschnitten wird? Und wenn ja, von wem?

Wenn Sie diese Fragen miteinander geklärt haben, dann ist es wichtig, sich für ein passendes **Format** zu entscheiden, das es Ihnen ermöglicht, die Ziele umzusetzen. Ein mögliches Format ist die Aufteilung der Veranstaltung in einen kurzen Input-Teil, moderierte Kleingruppengespräche an Tischen und eine zusammenführende Fishbowl-Diskussion:

Ein beispielhafter Ablauf könnte sein:

1. Begrüßung und Input

Am Beginn der Veranstaltung sollte die Begrüßung der Teilnehmenden, die Kommunikation der Regeln und die Erklärung des Ablaufs stehen. Je nach Thema bietet es sich an, einen kurzen, max. 20-minütigen fachlichen Input zu geben bzw. von Expertinnen und Experten geben zu lassen. Dies ist jedoch nicht zwingend nötig und sollte sich auf Informationen beschränken, die die Teilnehmenden eventuell für die Diskussion brauchen.

2. Kleingruppen-Phase

Organisieren Sie in einem zweiten Schritt einen (Zeit-)Raum, in dem das eingeführte Thema in Kleingruppen diskutiert werden kann. Gespräche in Kleingruppen haben den Vorteil, dass Menschen sich eher eingeladen fühlen, sich am Gespräch zu beteiligen und dass hier Einzelpositionen in Ruhe besprochen werden können. Wichtig ist dabei, dass es eine Moderation in jeder Gruppe gibt, die ggf. auch ein Protokoll führt und das Gespräch der Teilnehmenden begleitet. Wortergreifungsstrategien sind somit auf einen überschaubaren Rahmen beschränkt und können nicht den Großteil des Publikums erreichen. Die Moderation kann am Tisch bei der Missachtung von Regeln einschreiten. Es kann hilfreich sein, auf den Tischen Papierbögen und Stifte zur Verfügung zu stellen, um den Austausch und die Visualisierung von Beiträgen zu unterstützen.

3. Fishbowl-Diskussion

Im Anschluss an die Kleingruppengespräche ist es möglich, beispielsweise in einer Fishbowl-Diskussion zusammenzukommen. Dazu wird in der Mitte des Raumes ein Tisch oder ein Stuhlkreis mit vier bis fünf Plätzen aufgestellt (die Moderation kann hier ebenfalls Platz nehmen).

Vorgehen: In diesem »inneren Kreis« treffen sich Personen, die mit einem eigenen Beitrag die Diskussion beginnen möchten. Nur diese vier bis fünf Personen diskutieren aktiv zum gewählten Thema, unter Beachtung klarer Diskussionsregeln (siehe unten). Alle weiteren Teilnehmenden sitzen in einem Außenkreis und hören zu.

Möchte jemand aus dem Außenkreis diskutieren, muss diese Person an den Innenkreis herantreten und eine dort sitzende Person ablösen. Das geschieht durch leichtes Antippen an der Schulter. Eine innen sitzende Person kann auch selbst aufstehen und ihren Platz anderen Teilnehmenden überlassen. Ein mehrmaliger Wechsel ist hierbei möglich. Die Moderation der Fishbowl-Diskussion sollte darauf achten, dass wirklich eine Diskussion zustande kommt und nicht nur Statements abgegeben werden.

Bewährt haben sich folgende Gesprächsregeln:

- » Ich rufe nicht dazwischen.
- » Ich lasse andere ausreden.
- » Ich fasse mich kurz.
- » Ich bleibe sachlich und respektvoll.
- » Ich beleidige nicht.

Diese Regeln sollten für alle sichtbar platziert und vor dem Gespräch thematisiert werden.

Daneben hat es sich bewährt, dass im Zuge der Debatte auftretende offene Fragen von der Moderation notiert werden. Im Anschluss an das Gespräch kann beraten werden, wie mit ihnen umgegangen wird. So können in einer Folgeveranstaltung Expertinnen und Experten oder politisch Verantwortliche eingeladen werden.

Ebenso denkbar ist eine Kombination zwischen Fachvorträgen und Diskussionsrunden. Damit ist ein Thema inhaltlich gerahmt und Fragen können durch Expertinnen und Experten beantwortet werden.

Wenn Sie sich für ein Veranstaltungsformat entschieden haben, das aus Ihrer Sicht zur Umsetzung der Ziele und dem Erreichen der Zielgruppe geeignet ist und zudem Ihren Möglichkeiten und Ressourcen entspricht, ist es ratsam, ein **Sicherheitskonzept** für die Veranstaltung zu erstellen. Nehmen Sie dazu Kontakt mit dem örtlichen Polizeirevier auf, um Ihre Veranstaltung vorzustellen und um die Beamtinnen und Beamten um Absicherung zu bitten. Überlegen Sie, ob ein Anmeldungs- und Einlassmanagement sinnvoll ist. Begleiten Sie zudem gefährdete Personen (zum Beispiel Menschen mit Migrationsbiografie) nach der Veranstaltung gegebenenfalls nach Hause.

Ratsam ist es, mit einer Antidiskriminierungsregel zu arbeiten. Mit der Veröffentlichung einer solchen Regel auf Flyern und Homepages erreichen Sie drei Dinge:

- Ihre Haltung zur Beachtung von menschenrechtsorientierten Standards entsprechend dem deutschen Grundgesetz wird öffentlich sichtbar. Sie können sich dann bei Bedarf im Verlauf der Veranstaltung darauf beziehen und andere vor rassistischen Anfeindungen schützen.
- Veranstaltende haben so im Blick, dass sie marginalisierte und von Diskriminierung betroffene Gruppen nicht ungewollt ausschließen, indem die Diskussion für Neonazis und Rassisten und Rassisten offen ist.
- Die Regelung ermöglicht die Durchsetzung des Hausrechts bei öffentlichen Veranstaltungen als ultima ratio. Auch aus diesem Grund ist es wichtig, dass die Polizei von der Veranstaltung Kenntnis hat und diese gegebenenfalls vor Ort absichert.

Antidiskriminierungsregel

Den Veranstaltenden ist ein respektvolles und diskriminierungsfreies Miteinander sehr wichtig. Störungen oder Beleidigungen führen zum Ausschluss aus der Veranstaltung. Die Veranstaltenden behalten sich vor, von ihrem Hausrecht Gebrauch zu machen und Personen, die rechtsextremen Parteien oder Organisationen angehören, der rechtsextremen Szene zuzuordnen sind oder bereits in der Vergangenheit durch rassistische, chauvinistische, antisemitische oder sonstige menschenverachtende Äußerungen in Erscheinung getreten sind, den Zutritt zur Veranstaltung zu verwehren oder von dieser auszuschließen.



Tipp 7:

Halten Sie Gesprächsregeln fest und verweisen Sie darauf.



Tipp 8:

Denken Sie an ein Sicherheitskonzept.



Tipp 9:

Nutzen Sie die Antidiskriminierungsregel.

2.3 Vielfalt der Sichtweisen abbilden

Es ist wichtig, dass bei einer Veranstaltung unterschiedliche Sichtweisen gehört werden und Raum bekommen. Aus diesem Grund sollten nicht nur diejenigen auf ein Podium oder in einen Gesprächskreis eingeladen werden, die durch eine besonders exponierte Haltung zu einem Thema aufgefallen sind. Zu jedem Thema, das in Ihrem Ort kontrovers und laut diskutiert wird, haben auch Menschen und Gruppen eine Meinung, die nicht durch die Teilnahme an Protestveranstaltungen aufgefallen sind. Achten Sie darauf, dass verschiedene Gruppen zu Wort kommen, um einen demokratischen Dialog sicherzustellen und nicht nur einen kleinen Ausschnitt oder gar nur eine besonders laute Minderheit ihres Gemeinwesens zu Wort kommen zu lassen. Besonderes Augenmerk ist auf das Einbeziehen von gesellschaftlich marginalisierten Gruppen, wie z. B. geflüchtete Menschen, Migrantinnen und Migranten, nicht-rechte Jugendliche oder Betroffene von neonazistischer oder rassistischer Gewalt etc. zu legen. Es sollte eine Dialogform geschaffen werden, die diese Perspektiven einbezieht und sie auf Augenhöhe einbindet. Versuchen Sie, in Ihrem gewählten Format die Diversität der Sichtweisen im Ort abzubilden.

Die Erfahrungen von geflüchteten Menschen, die von Rassismus oder anderen Formen menschenverachtender Diskriminierung betroffen sind, müssen in der öffentlichen Wahrnehmung Raum bekommen. Dafür ist es entscheidend, mit den betroffenen Personen selbst und mit der Unterstützung von Beratungsstellen Formate zu entwickeln, die der Situation dieser Menschen Rechnung tragen und für sie weder zu unangenehmen noch zu verletzenden oder gar traumatischen Erlebnissen führen, indem sie zum Beispiel neuen verbalen oder körperlichen Angriffen ausgesetzt sind.

Auch angesichts der Mobilisierung von antidemokratischen, teils verschwörungsgläubigen Kritikern und Leugnerinnen des Klimawandels und der Notwendigkeit des Ausbaus von erneuerbaren Energien empfiehlt es sich, darauf zu achten, nicht denen am meisten Gehör und damit Deutungsmacht zu schenken, die Verschwörungsmythen predigen, antisemitische Stereotype verbreiten und gegen demokratische Entscheidungstragende und andere hetzen. Es sollte vor allem auch Demokratinnen und Demokraten für ihre Meinung und Kritik (auch am Vorgehen der demokratischen Entscheidungstragenden) Raum gegeben werden.

2.4 Beraten lassen

Als Bürgermeisterin oder Bürgermeister, Lehrkraft, Mandatsträgerin oder Mandatsträger, Pfarrerin oder Pfarrer oder als ehrenamtlich engagierte Person vor Ort sind Sie selbst die Expertin oder der Experte für die Situation in Ihrer Stadt, in Ihrer Schule oder Ihrer Gemeinde. Sie wissen besser als andere, wie bestimmte Dinge laufen oder wer wofür ansprechbar ist. Die Erfahrungen zeigen, dass es zielführend ist, sich bei der Umsetzung von Veranstaltungen zu emotional aufgeladenen Themen im Gemeinwesen extern beraten zu lassen und von den Erfahrungen der vergangenen Jahre zu profitieren.

Dieser Erfahrungstransfer kann über eine externe Beratung und Begleitung erfolgen. Das **Beratungsnetzwerk** des Demokratieforums Sachsen bietet eine ganze Reihe kompetenter Ansprechpersonen, die Sie bei der Zielfindung, der Planung und Vorbereitung Ihrer Veranstaltungen und der Auswertung unterstützen und begleiten. Im Beratungsnetzwerk des Demokratieforums Sachsen haben sich die Träger der Mobilen Beratung, der Opferberatung sowie der Distanzierungs-, Umfeld- und Ausstiegsberatung zu einem Kooperationsverbund zusammengeschlossen.

Die Regionalbüros des **Mobilen Beratungsteams** des Kulturbüros Sachsen e.V. beraten seit 2001 z.B. Kommunen, Politik, zivilgesellschaftliche Initiativen oder Unternehmen in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und anderen Ungleichwertigkeitsvorstellungen. Ziel ist die Stärkung einer demokratischen Alltagskultur. Die Beratung trägt den regionalen und lokalen Besonderheiten Rechnung und ist darauf ausgerichtet, mit den Beratungsnehmenden eine Praxis zu entwickeln, die auf Basis vorhandener Ressourcen neue Handlungsmöglichkeiten eröffnet. Sie ist vertraulich, aufsuchend und kostenlos.

Die **Mobile Beratung im Kontext Schule** wird von der Courage-Werkstatt für demokratische Bildungsarbeit bzw. dem Netzwerk für Demokratie und Courage in Sachsen durchgeführt. Als langjährige Partnerin von Schulen und Bildungseinrichtungen unterstützt sie diese bei der Auseinandersetzung mit Vorurteilen, Diskriminierung und menschenverachtenden Einstellungen und Handlungen. Dabei verfolgt sie das Ziel, einen Beitrag zur Entwicklung demokratischer und beteiligungsorientierter Schulen zu leisten und diese nachhaltig zu stärken.

Betroffene rechtsmotivierter und rassistischer Gewalt sowie deren Angehörige und Zeuginnen und Zeugen unterstützt das Projekt »Support« des RAA Sachsen e.V. Der Verein gibt Orientierungshilfen und entwickelt gemeinsam individuelle Lösungen. Die Arbeit hilft Betroffenen, das eigene Sicherheitsgefühl zu erhöhen, Selbstwirksamkeit zu erleben, die Kontrolle über das eigene Leben zurück zu erlangen und Solidarisierungsprozesse zu fördern. Die RAA informiert über die Situation Betroffener, macht auf deren Perspektive in Gesellschaft und Politik aufmerksam und berichtet über Ausmaß, Folgen und Wirkungsweisen rechtsmotivierter und rassistischer Gewalt.

Im Rahmen der **Ausstiegs-, Umfeld- und Distanzierungsberatung** unterstützt das AUSSTEIGERPROGRAMM SACHSEN (APro) Personen, die sich im Einflussbereich extremistischer Gruppen oder Handlungszusammenhänge befinden, sich aus diesen lösen wollen und hierfür Unterstützung benötigen. Ziel ist es, Menschen, die aus der Szene aussteigen wollen, einen Neustart in unserer Gesellschaft zu ermöglichen. Darüber hinaus werden Eltern, Angehörige, Freundinnen und Freunde sowie professionelles Umfeld im Umgang mit Krisen- und Konfliktsituationen unterstützt.

Beratung zum Themenfeld des **religiös begründeten Extremismus** bietet das Violence Prevention Network (VPN) an. Die Beratungsstelle Sachsen fördert die Stärkung der Toleranz unterschiedlicher Weltansichten sowie die Früherkennung, Vermeidung und Umkehr von Radikalisierungsprozessen. Die Intervention bei beginnenden Radikalisierungsprozessen und die zielgerichtete Deradikalisierungsarbeit setzen dort an, wo Menschen einen Ausweg aus extremistischen Ideologien suchen.

Zudem widmet sich VPN in seinen Sensibilisierungs- und Fortbildungsveranstaltungen für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren und Fachkräfte auch den Themen Antidiskriminierung sowie Islam- und Muslimfeindlichkeit. Mit seinen Empowerment-Workshops richtet sich die Beratungsstelle vor allem an Betroffene von antimuslimischem Rassismus und hier insbesondere an Frauen.

Sind Fachkräfte der Jugendarbeit und angrenzender Arbeitsfelder im Kontakt mit rechtsorientierten und/oder distanzierungsbereiten Jugendlichen, empfiehlt sich die Beratung durch die Mitarbeitenden im Projekt pro:dis – Qualifizierung und Distanzierungsberatung in Jugendarbeit und angrenzenden Arbeitsfeldern der Arbeitsgemeinschaft Jugendfreizeitstätten e.V. (AGJF Sachsen). Neben Intervention und Beratung bietet das Projekt auch Qualifizierung der Fachkräfte in der Jugendarbeit an.



Tipp 10:

Nutzen Sie externe Beratungsangebote, wie das Beratungsnetzwerk des Demokratiezentrum.



Tipp 11:

Werten Sie die Veranstaltung aus und ziehen Sie Schlussfolgerungen daraus.

3 Was können Sie im Ort noch tun, um ein friedliches, demokratisches Miteinander langfristig sicherzustellen?

3.1 Handlungsweisen auswerten

Die von Ihnen geplante und durchgeführte Veranstaltung sollte mit den aktiv beteiligten Personen gut ausgewertet werden: Haben Sie Ihre Zielstellung und die Zielgruppe(n) erreicht? Wie schätzen Sie die Atmosphäre ein? Wurden unterschiedliche Perspektiven berücksichtigt? Ist es gelungen, dass die Sichtweisen von Antidemokratinnen und Antidemokraten durch die Veranstaltung in den Hintergrund getreten sind?

Leiten Sie aus der durchgeführten Veranstaltung Schlussfolgerungen für kommende Vorhaben ab, indem Sie die positiven Punkte aus der Auswertung festhalten und ausbauen. Negative Erfahrungen können Sie zukünftig dazu nutzen, an den Zielen, Zielgruppen oder dem Format etwas zu ändern.



3.2 Eigene Haltung sichtbar machen

Sollten Sie nach der Auswertung Ihrer Veranstaltung weiterhin nach außen treten wollen, sei es durch Veranstaltungen oder durch öffentliche Positionierungen, dann ist es spätestens jetzt notwendig, dies mit einem Konzept zu tun. Dieses kann anhand folgender Leitfragen erstellt werden:

- Wie wird die eigene Position zum Thema definiert?
- Was bedeutet diese Haltung für das eigene Handeln, die eigene Rolle?
- Was heißt diese Haltung für die Arbeit innerhalb der Gemeinde oder Initiative?

- Was bedeutet diese Haltung für öffentliche Veranstaltungen?
- Welchen Themen wollen Sie sich langfristig widmen?

Bei allen Überlegungen sollten Sie Ihre Zielsetzung sowie die Perspektiven derer im Ort, die sich für ein demokratisches Gemeinwesen engagieren, im Blick behalten. Lassen Sie sich beraten, welche Formen und Methoden es gibt, um mit den eigenen, demokratischen Positionen weiter sichtbar und im Gespräch zu bleiben.

3.3 Demokratinnen und Demokraten stärken

Die Menschen, die keine neonazistischen oder rechtspopulistischen Parteien wählen, sind in Sachsen in der Mehrheit. Oft ist es jedoch so, dass die rechte Minderheit ein hohes Maß an politischem Aktivismus entwickelt und auch über die eigene Region hinaus politisch vernetzt ist. Dadurch kann die Wahrnehmung von Meinungen zu politischen Themen im kommunalen Raum getrübt werden.

Oft ist es so, dass sich Demokratinnen und Demokraten in unterschiedlichen Bereichen engagieren: Z. B. unterstützen die einen Geflüchtete, andere organisieren Gedenkstättenfahrten im Jugendweiherverband oder sind in sozialen Bereichen aktiv, um sich für die Schwächsten in unserer Gesellschaft stark zu machen. Wieder andere sind vielleicht für Ökologie und Nachhaltigkeit aktiv. Es ist sinnvoll, die Demokratinnen und Demo-

kraten aus den verschiedenen Bereichen und Spektren zusammenzubringen, sich bei allen wichtigen Unterschieden auf die Gemeinsamkeiten zu besinnen und für diese gemeinsam einzustehen. Dadurch werden demokratische Positionen im Ort deutlich gestärkt. Als Möglichkeiten für eine Stärkung bieten sich verschiedene Formen, wie z. B. Runde Tische, Bündnisse oder Netzwerke, an. Die Mobile Beratung kann Sie dabei unterstützen, die passende Form für Ihr Gemeinwesen zu finden.

Da an (Ober-) Bürgermeisterinnen und (Ober-) Bürgermeister, Landräte sowie andere kommunalpolitisch Verantwortliche besondere Erwartungen geknüpft werden, richten sich die folgenden Punkte insbesondere an sie.



Tipp 12:

Entwickeln Sie ein Konzept für Ihre weitere Positionierung.

3.4 Entscheidungen erklären

Kommunalpolitisch Verantwortliche werden nie eine Zeit der Kritiklosigkeit erleben. Politische Entscheidungen werden in einer Demokratie hinterfragt und diskutiert. Es wird selten der Fall sein, dass am Ende alle mit dem Handeln der politischen Verantwortungstragenden einverstanden sind. Die Erfahrungen der letzten Jahre zeigen trotzdem, dass es sich lohnt, politische Entscheidungen und das Handeln der Verwaltung immer wieder nachvollziehbar zu erklären. Sollten Sie in Ihrem Ort langfristig das Format der Bürgerversammlung oder andere Formen des Dialogs über

politische Entscheidungen etablieren, dann wird es auch bei emotional aufgeladenen Themen sehr viel einfacher sein, mit den Menschen ins Gespräch zu kommen. In Orten, in denen Politik, Verwaltung und Bürgerschaft regelmäßige Gesprächsformate etabliert haben, sind Regeln und gegenseitiger Respekt in der Diskussion miteinander eingeübt und können auch bei aufgeladenen Themen dazu führen, dass eine diskriminierungsfreie Atmosphäre existiert.

3.5 Die Zukunft im Blick haben

Überlegen Sie als kommunalpolitisch verantwortungstragende Person zum Beispiel, ob Sie sich in Ihrer Kommune auf den Weg machen wollen, ein Integrations- und Teilhabekonzept unter Einbeziehung von Vertretungen aller relevanter Gruppen in Ihrem Ort zu erarbeiten. Damit würden Sie einen partizipativen Prozess zu den Fragen beginnen: Wie wollen wir

in unserem Ort zusammenleben? Wie gestalten wir die Zugänge zu politischer Teilhabe für alle Menschen im Gemeinwesen? Auch wenn Sie nicht kommunalpolitisch verantwortlich sind, können Sie eine solche Konzeptentwicklung anregen. Auch diese Prozesse begleitet die Mobile Beratung.

3.6 Informiert bleiben

Das Demokratiezentrum Sachsen bietet für kommunalpolitisch Verantwortliche verschiedene Möglichkeiten, sich zu informieren und sich mit anderen Verantwortungstragenden zu Themen der Demokratie auszutauschen. Ein wichtiges Format ist dabei der »KommunalDialog« für die (Ober-) Bürgermeisterinnen und (Ober-) Bürgermeister sowie Landräte in Sachsen, welchen das Demokratiezentrum seit 2018 regelmäßig organisiert.

Zivilgesellschaftlich Aktive sind herzlich eingeladen, sich über die vielfältigen Angebote des Demokratiezentrums Sachsen zu informieren und sich

auf der regelmäßig stattfindenden Jahreskonferenz mit anderen Akteure aus dem Bundesland zu vernetzen.

Zudem bieten die oben bereits genannten Organisationen des Beratungsnetzwerks Sachsen eine Reihe von Fortbildungen, Workshops oder Beratungen an, die u. a. dazu beitragen, dass im Freistaat ein ausgezeichneter Informations- und Wissensaustausch zu aktuellen Fragen der Demokratie existiert.

4 Checkliste für Veranstaltungen

Folgende Punkte sollten vor Ihrer Veranstaltung sichergestellt sein:



- ☐ das Beratungsnetzwerk oder ein Mobiler Beratungsträger aus dem Netzwerk wurde angefragt, ob die Veranstaltungsplanung unterstützt werden kann
- ☐ die Veranstaltenden haben sich auf gemeinsame und erreichbare Ziele für die Veranstaltung geeinigt
- ☐ es wurde geprüft, welches Veranstaltungsformat (kleinteilige Gesprächskreise oder bspw. größeres Veranstaltungsformat) geeignet ist, um das Ziel der Veranstaltung zu erreichen
- ☐ das Format der Veranstaltung wurde diskutiert und beschlossen; das Format und die Methoden wurden so ausgewählt, dass die Ziele gut erreichbar sind
- ☐ die Gesprächsregeln für die Veranstaltung sind klar
- ☐ es gibt eine erfahrene Moderation, der die Ziele, das Format und die Regeln klar sind
- ☐ die Abbildung unterschiedlicher Perspektiven auf ein Problem bzw. eine Situation ist sichergestellt
- ☐ der Raum ist für die Veranstaltung geeignet; um zu gewährleisten, dass sich alle Anwesenden gleichberechtigt am Gespräch beteiligen können, gibt es keine Stehplätze oder Emporen, die während der Veranstaltung besetzt werden
- ☐ die Veranstaltenden besitzen das Hausrecht oder es ist ihnen übertragen worden
- ☐ bei der Bewerbung der Veranstaltung wurde die Anti-diskriminierungsregel kommuniziert
- ☐ es existiert ein Sicherheitskonzept
- ☐ es ist geklärt, ob und wenn ja, durch wen Film-, Foto- und Tonaufnahmen gestattet sind
- ☐ es ist abgesprochen, wer zu Beginn der Veranstaltung das Ziel der Veranstaltung, den Rahmen und die Gesprächsregeln transparent macht

Notizen

[illegible]

This image shows a blank sheet of white paper with horizontal ruling lines. The lines are evenly spaced and run across the width of the page. There are no margins, text, or other markings on the paper.

Kontaktdaten und Ansprechpersonen

Die Angebote des Demokratiezentrum Sachsen stehen kostenfrei zur Verfügung.

**Demokratiezentrum Sachsen im Sächsischen
Staatsministerium für Soziales, Gesundheit und
Gesellschaftlichen Zusammenhalt**
Albertstraße 10
01097 Dresden
Tel.: 0351 564-54999
E-Mail: demokratiezentrum@sms.sachsen.de
www.demokratiezentrum.sachsen.de

Kulturbüro Sachsen e. V.
Bautzner Straße 45
01099 Dresden
Tel.: 0351 5635-5539
E-Mail: buero@kulturbuero-sachsen.de
www.kulturbuero-sachsen.de

**Courage-Werkstatt für demokratische Bildungsarbeit e. V.
Träger des Netzwerks für Demokratie und Courage in Sachsen**
Könneritzstraße 7
01067 Dresden
Tel.: 0351 481-0067
E-Mail: sachsen@netzwerk-courage.de
www.netzwerk-courage.de/sachsen

**Regionale Arbeitsstellen für Bildung, Integration und
Demokratie e. V. (RAA Sachsen e. V.)**
Bautzner Straße 45 / 47
01099 Dresden
Tel.: 0351 889-4174
E-Mail: info@raa-sachsen.com
www.raa-sachsen.de/support

AUSSTEIGERPROGRAMM SACHSEN
Postfach 30 11 25
04251 Leipzig
Tel.: 0173 961-7643
E-Mail: kontakt@aussteigerprogramm-sachsen.de
www.aussteigerprogramm-sachsen.de
Landespräventionsrat Sachsen: lpr@smi.sachsen.de

**Violence Prevention Network gGmbH (VPN) –
Beratungsstelle Sachsen**
Stieglitzstraße 84
04229 Leipzig
Tel.: 0341 978-54780
E-Mail: sachsen@violence-prevention-network.de
www.violence-prevention-network.de/angebote/projektuebersicht/beratungsstelle-sachsen/

AGJF Sachsen e. V.
Projekt »pro:dis – Qualifizierung und Distanzierungsberatung
in Jugendarbeit und angrenzenden Arbeitsfeldern«
Neefestraße 82
09119 Chemnitz
Tel.: 0371 533-6436
E-Mail: prodis@agjf-sachsen.de
www.prodis.agjf-sachsen.de

Herausgeber

Sächsisches Staatsministerium für Soziales, Gesundheit
und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
Albertstraße 10, 01097 Dresden
E-Mail: redaktion@sms.sachsen.de

Gestaltung und Satz

MedienMélange: Kommunikation!, Hamburg

Bildnachweis

iStock/miodrag ignjatovic (Titelseite), SMS (S. 3), elements envato/
Rawpixel (S. 6, 8), elements envato/donut3771 (S. 7), unsplash/
Kane Reinholdtsen (S. 9), elements envato/seventyfourimages (S. 12),
iStock/FOTOGRAFIA INC. (S. 13), iStock/Tirachard (S. 15), Adobe Stock/
Roman (S. 17), iStock/izusek (S. 18), Adobe Stock/Westend61 (S. 21)

Redaktionsschluss

August 2026

Bestellservice

Diese Druckschrift kann kostenfrei bezogen werden bei:

Zentraler Broschürenversand
der Sächsischen Staatsregierung
Hammerweg 30, 01127 Dresden
Telefon: +49 351 21036-71 oder -72
Telefax: +49 351 21036-81
E-Mail: publikationen@sachsen.de
www.publikationen.sachsen.de

Hinweis

Diese Publikation wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit
vom Sächsischen Staatsministerium für Soziales,
Gesundheit und Gesellschaftlichen Zusammenhalt kostenlos
herausgegeben. Sie ist nicht zum Verkauf bestimmt und darf
nicht zur Wahlwerbung politischer Parteien oder Gruppen
eingesetzt werden.

Copyright

Diese Veröffentlichung ist urheberrechtlich geschützt.
Alle Rechte, auch die des Nachdruckes von Auszügen und
der fotomechanischen Wiedergabe, sind dem Herausgeber vorbehalten.



www.sms.sachsen.de



Die Veröffentlichungen stellen keine Meinungsäußerung des SMS, des BMBFSFJ oder des BAFzA dar.
Für inhaltliche Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung.

Gefördert vom



Bundesministerium
für Bildung, Familie, Senioren,
Frauen und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**

Diese Maßnahme wird mitfinanziert durch Steuermittel auf
der Grundlage des vom Sächsischen Landtag beschlossenen Haushaltes.



STAATSMINISTERIUM FÜR
SOZIALES, GESUNDHEIT UND
GESELLSCHAFTLICHEN ZUSAMMENHALT

